

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 7, 6. April 2000

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 611 62 49
BIZ: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

Einblicke

Höchste Zeit

Von Heiner Lichtenstein

Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler hatte Gerhard Schröder gesagt, er wolle keine alten Probleme mit ins neue Jahrtausend nehmen. Dazu gehörte die Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter. Kaum jemand wollte oder konnte damals daran glauben, Schröder werde dies gelingen. In diesen Tagen sah man die Verhandlungsführer beider Seiten, Stuart Eizenstat und Otto Graf Lambsdorff, lächelnd und Hände haltend auf den Titelseiten zahlreicher deutscher Zeitungen. Sie hatten entscheidend zu der Einigung beigetragen.

Übersehen wurde dabei oft die geschickte Regie des Bundeskabinetts. Am ersten Tag der elften Verhandlungsrunde hatte die Regierung den notwendigen Gesetzentwurf verabschiedet, den der Bundestag jetzt so beschließen muss, dass mit der Auszahlung des Geldes noch in diesem Jahr begonnen werden kann. Lambsdorff nannte die beschleunigte Verabschiedung des Stiftungsgesetzes einen „deutlichen Schub“ für die Einigung. Es ist müßig, jetzt nachzukarten, wer mehr und wer weniger zurückstecken musste. Alle haben nachgegeben - um der Überlebenden willen, die gegen Ende ihrer Tage eine kleine Summe bekommen sollen und nun auch bekommen werden, wenn ...

Zwei Bedingungen müssen nämlich noch erfüllt werden. Die deutsche Wirtschaft hat erst gut die Hälfte der zugesagten fünf Milliarden Mark auf dem Konto. Da ist also noch einiges zu tun. Mit dem Rest rechnet sie erst, wenn die amerikanische Seite Rechtssicherheit vor weiteren Klagen weitestgehend garantiert. Hier ist Bill Clinton gefordert. Er muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Einigung von US-Gerichten nicht mehr angetastet werden kann. Nichts spricht gegen die Annahme, dass Clinton sich so verhalten wird. Denn er wollte ja ebenso wie Schröder die Einigung. Sie „historisch“ zu nennen, ist keine Übertreibung nach 55 Jahren des Wartens und Hoffens der noch lebenden 1,5 Millionen Opfer. 8,5 der einst zehn Millionen Zwangsarbeiter sind leer ausgegangen. Es war höchste Zeit.

Auf die politische Bühne

Die NPD fordert von der neuen Wiener Regierung die Wiedezulassung der verbotenen österreichischen NDP.

Seite 2 ■

Führerloser Widerstand

Das braune Skinhead-Netzwerk „Blood & Honour“ will sich neben dem profitablen Musikgeschäft zunehmend politisch orientieren.

Seite 3 ■

Kräftebündelungen

Gruppierungen und Gruppen rechts von der Union sehen das politische Gold auf der Straße liegen und greifen daneben.

Seite 4 ■

Anstieg der Gewalt

In Niedersachsen und in Berlin hat sich das Potenzial an militanten Rechtsextremisten deutlich erhöht.

Seite 6 ■

Das Wunder von Berlin

Die deutsche Hauptstadt ist für Juden wieder lebenswert geworden.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Heim ins Reich**

Die NPD fordert von der Wiener Regierung die Wiederezulassung der verbotenen österreichischen NDP.

Unter dem Motto „Aufbruch 2000“ führte die NPD am 18./19. März ihren 28. ordentlichen Bundesparteitag im oberpfälzischen Mühlhausen durch. In Ermangelung eines größeren Saales wurde der Bundesparteitag kurzfristig im Saal einer Privatbrauerei angemeldet. Der Versuch, eine private Halle im baden-württembergischen Sigmaringen-Dorf anzumieten, war drei Wochen vor dem geplanten Termin gescheitert. Im Bender-Saal in Mühlhausen hatten bereits 1996 und 1998 Landesparteitage der bayerischen NPD stattgefunden.

Rund 250 Delegierte und 200 geladene Gäste versammelten sich an dem Wochenende in dem Saal der veralteten Privatbrauerei. Die Rückwand der Bühne war mit den Reichsfarben schwarz-weiß-rot dekoriert. Einzelne Teilnehmer des Parteitages trugen Anstecker mit der Forderung „Wir wollen das Reich“. Ein Besucher der Privatveranstaltung wurde am Samstag wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen. Der 70-jährige Mann aus Nordrhein-Westfalen hatte einen Gesinnungskameraden mit „Heil Hitler“ begrüßt und den „Hitlergruß“ erbracht.

An einer Kundgebung von Bündnis 90/Die Grünen gegen den NPD-Parteitag am Samstagnachmittag nahmen rund 50 Personen teil. Mit mehr Teilnehmern hatten die Veranstalter schon im Vorfeld nicht gerechnet. Ein Gastredner der SPD bezeichnete es als „eine Schande für Bayern und Deutschland, dass in Mühlhausen 500 Leute zusammenkommen, die das Grundgesetz als einen Fetzen Papier ansehen.“

Bei den Neuwahlen zum Parteivorstand wurde der seit März 1996 amtierende Udo Voigt (47) als NPD-Bundesvorsitzender bestätigt. Neuer stellvertretender Parteivorsitzender ist jetzt anstelle von Udo Holtmann (62) mit Holger Apfel der ehemalige Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten. Apfel gilt schon seit längerem als die, inoffizielle, Nummer 2 der Partei. Als weitere Vize von Voigt wurden Hans-Günter Eisenecker (49), Landesvorsitzender von Mecklenburg-Vorpommern

und Leiter der NPD-Rechtsabteilung, und Jürgen Schön (51), sächsischer Landesvorsitzender, bestätigt. Neu in den Bundesvorstand der NPD gewählt wurden die ehemaligen JN-Funktionäre Peter Marx (43), Stefan Lux (40) und Bundesgeschäftsführer Ulrich Eigenfeld (52). Nicht mehr im Bundesvorstand vertreten sind der baden-württembergische Landesvorsitzende Michael Wendland (30) und Gregor Janik aus Sachsen. Die übrigen Vorstandsmitglieder, darunter Bundesschatzmeister Erwin Kemna (49), wurden wieder gewählt. Der im vergangenen Dezember zum Bundesvorsitzenden des Nationaldemokratischen Hochschulbundes gekürte Student Dietmar Engelhard (27) gehört dem Parteivorstand in seiner Eigenschaft als NHB-Vorsitzender an. Sein Vorgänger Alexander von Webenau (22) hatte jüngst sämtliche Parteiämter niedergelegt und den Austritt aus der NPD erklärt.

Neben den Vorstandswahlen und verschiedenen Grundsatzreden standen in dem überfüllten Saal zwei Leitanträge des Parteivorstandes zur Beratung an. Der eine Antrag beinhaltete die Thematik Drogen, was seit geraumer Zeit ein Agitationsfeld der NPD darstellt („Weniger Drogen“). Mehrfach führte die NPD in jüngster Zeit Anti-Drogen-Demonstrationen durch. Zuletzt wurde von den Jungen Nationaldemokraten unter dem Motto „Deutsche Jugend: Keine Drogen! - Widerstand jetzt!“ für den 25. März nach Bayreuth mobilisiert. Der weitere Antrag hatte die aktuelle EU-Politik gegenüber der österreichischen FPÖ/ÖVP-Regierung zum Gegenstand. Die NPD forderte die Koalition „in Österreich auf, das 1988 verhängte Verbot der österreichischen Nationaldemokratischen Partei (NDP) zu überprüfen“. „Die Wiederezulassung“, so die Forderung des NPD-Vorstandes, gehöre jetzt „auf die Tagesordnung der politischen Bühne in Wien“. Seit wenigen Monaten nimmt der bayerische NPD-Landesverband Mitglieder aus Österreich auf. Zeitweilig uneinig war sich die NPD-Führung in der Frage, ob an Jörg Haider eine Einladung zum „2. Tag des nationalen Widerstandes“ nach Passau ergehen solle. Der Bundesvorsitzende Voigt gab dann aber bekannt, dass an Haider keine Einladung ausgesprochen wird.

Angekündigt sind als Redner für den 27. Mai in Passau der Ex-Terrorist Horst Mahler und der Alt-Nazi Wilfried von Oven. Das musikalische Rahmenprogramm in der Nibelungenhalle sollen Frank Renniecke und Stigger, ehemaliger Gitarrist der neonazistischen Kultband Skrewdriver, bilden. Renniecke war auch in Mühlhausen für die musikalische Unterhaltung zuständig. *Birgit Winkler*

Aktivitäten**„Der einsame Wolf“**

Die Skinhead-Organisation „Blood & Honour“ will sich neben dem braunen Musik-Geschäft jetzt stärker politisieren.

Einblick durch Festnahme: Mit ihrer Aktion gegen den Chef der „Deutschland-Division“ des Skinhead-Netzwerkes „Blood & Honour“ haben die Berliner Sicherheitsbehörden interessante Erkenntnisse gewonnen, vor allem in Hinsicht auf die Verbindungen zwischen der deutschen und der US-amerikanischen Szene. Stefan Lange und seine Freundin waren am letzten März-Wochenende von der Polizei abgefangen worden, als sie aus Sachsen-Anhalt mit 1800 rechtsextremen CDs und 1500 Exemplaren des Netzwerk-Fanzines mit dem gleichlautenden Namen „Blood & Honour“ ankamen. Knapp zwei Tage befand sich das Paar in Gewahrsam. Gegen den 29 Jahre alten Lange wurde Haftbefehl erlassen, trotzdem kam er zusammen mit seiner Freundin wieder frei - die junge Frau ist schwanger, außerdem verfügt Lange über einen festen Wohnsitz. Der Skinhead-Anführer muss sich allerdings an Auflagen halten, sonst landet er doch wieder hinter Gittern. Außerdem ermittelt die Staatsanwaltschaft weiter wegen Verbreitung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Stephan Lange ist in der Szene unter dem Spitznamen „Pinocchio“ bekannt, doch kindlich-harmlos ist der Skinhead natürlich nicht. Als Anführer der „Deutschland-Division“ von „Blood & Honour“ zählt Lange zu den wichtigsten Figuren des braunen Netzwerkes, das rund um den Globus in mehr als einem Dutzend Ländern aktiv ist. Von Berlin aus dirigiert er die etwa neun deutschen „Sektionen“ mit schätzungsweise 500 bis 600 Mitgliedern. Anfang dieses Jahres konnte Lange bei einem Deutschland-Treffen die Mehrheit der angereisten deutschen „Blood & Honour“-Mitglieder auf eine stärkere Politisierung einschwören. Ein 25-Punkte-Programm - nicht zufällig erinnert der Begriff an das Parteiprogramm der NSDAP, wurde beschlossen, in dem unter anderem das faschistische Führerprinzip festgeschrieben ist. Lange sah sich allerdings mit dem Widerstand von „Blood & Honour“-Skins konfrontiert, die eine stärkere Konzentration auf das profitable Musikgeschäft verlangen. Eine „Sektion“ verließ denn auch die

„Deutschland Division“, doch die Mehrheit stellte sich hinter Lange.

Auf den 1800 CDs, die der Polizei bei der Festnahme des Skinhead-Anführers und seiner Freundin in die Hände fielen, finden sich vornehmlich Songs US-amerikanischer Bands, wie beispielsweise der „Bully Boys“. Der Sampler, gedacht als „Millenniums-Ausgabe“, sollte von Berlin aus vertrieben werden. Allerdings in einer Auflage von 5000 Stück. Wo sich die nicht beschlagnahmten Exemplare befinden, wissen oder sagen die Ermittlungsbehörden nicht. Dafür ist ihnen spätestens seit dem letzten März-Wochenende bekannt, wer hinter der „Millenniums-Ausgabe“ steckt: Der Sampler wurde von der rechtsextremen US-Firma „Panzerfaust-Records“ produziert, deren Bedeutung in der internationalen Neonazi-Skin-Szene offenbar zunimmt.

■ Konzept führerloser Widerstand ■

In dem jüngst erschienenen Reader „White Noise“ („reihe antifaschistische texte“, Unrast Verlag Münster) wird „Panzerfaust Records“ beschrieben. Das Label zähle zu einer „einer Reihe von neuen aggressiven Marketing-Firmen, die ihre Geschäfte hauptsächlich über das Internet abwickeln“, schreibt der amerikanische Rechtsextremismus-Experte Leonard Zeskind im Kapitel über „White-Power-Skins in den USA“. Zeskind zitiert auch die Eigenwerbung von „Panzerfaust Records“, wie er sie ihrer Website entnahm: „Panzerfaust wurde als Name für das Plattenlabel ausgesucht, weil der Charakter dieser Waffe und der Geist derer, die sie eingesetzt haben, für immer in unserer rassistischen Psyche verkörpert sind. Diejenigen, die die originale Panzerfaust in den Händen hielten, zeigten eine dickköpfige Zähigkeit angesichts überwältigender Gegner“.

Die Panzerfaust war eine Kleinkampfwaffe der Wehrmacht, die gegen Ende des Zweiten Weltkrieges auch Hitler-Jungen in die Hand gedrückt wurde. Die Glorifizierung dieser Waffe und der Mentalität des totalen Krieges nutzt „Panzerfaust Records“, um das Neonazi-Konzept des so genannten führerlosen Widerstands zu propagieren. „In der gegenwärtigen Ära wird die gleiche Haltung von dem nach dem Prinzip des ‘einsamen Wolfes’ agierenden politischen Aktivisten gefordert, der in einer feindlichen Umgebung operieren muss.“

Frank Jansen

Hintergrund**Die Goldsucher**

Fast das gesamte Lager rechts von der Union will sich neu orientieren, um das brachliegende Potenzial zu erschließen. Bei der Sammlung und „Bündelung der Kräfte“ entstehen immer mehr Gruppierungen und Gruppen.

„Für eine zukünftige geschlossene nationalliberale und bürgerlichkonservative Partei liegt derzeit das politische Gold geradezu auf der Straße“, verkündet Heiner Kappel, Vorsitzender des Bund Freier Bürger (BFB), nahezu euphorisch. Bei einem Parteitag seines BFB am 20. Main in Fulda will er die Fusion mit der Deutschen Sozialen Union (DSU) und der Deutschen Partei (DP) absegnen lassen. Bei diesen Partnern sieht er den Kern der von ihm beschriebenen Partei. Bestärkt wird Kappel in seiner Ansicht scheinbar durch FPÖ-Strahlemann Jörg Haider, der im Interview mit der „Jungen Freiheit“ die Notwendigkeit einer „freiheitlichen Alternative“ für Deutschland betont. „Ich könnte mir vorstellen, dass natürlich jetzt ein sehr günstiger Zeitpunkt wäre. Wenn sich die zum Partikularismus und zum Eigenbrötlertum neigenden freiheitlichen Gruppierungen in Deutschland einigen würden, dann wäre das eine ganz bedeutende politische Kraft.“ Braucht also tatsächlich das Gold nur noch von der Straße aufgehoben werden?

Wohl kaum. Denn Jörg Haider verbindet nicht nur die Ideologie mit der deutschen extremen Rechten, sondern auch der notorische Zweckoptimismus. Alle reden zwar von der benötigten einheitlichen Kraft rechts von der Union, doch existieren neben allen inhaltlichen Differenzen, den üblichen Eifersüchteleien und Postenängsten vor allem mindestens drei unterschiedliche strategische Ansätze, die über den richtigen Weg und den anzustrebenden Ort der zu bildenden Formation streiten.

Bereits begraben dürfte der Traum der Republikaner nach ihrer missglückten Strategiekonferenz sein, zum Gravitationszentrum der Sammlungswilligen werden zu können. Als „wohl verfrüht“ bezeichnete Kappel distanziert die aus REP-Kreisen gestreute Erfolgsmeldung, ein Anschluss des BFB stehe bevor. Die REP strahlen keinerlei Anziehungskraft mehr aus; bei ihnen - so der Meinungstenor - ist nur mehr Katzensgold zu finden. Ei-

ne verständliche Position, wenn man berücksichtigt, dass die größte Formation dieses Lagers mehr mit internen Problemen als mit realer Politikentwicklung beschäftigt ist. Deutlich bestätigt sich, dass Quantität kein Indikator für Qualität ist. Die hessische REP-Jugend hat die Idee einer Unterschriftenaktion gegen einen EU-Beitritt der Türkei, der Parteivorsitzende lehnt ab, aber der Landesverband Rheinland-Pfalz will den Vorstoß im Landtagswahlkampf aufgreifen. Das Parteipräsidium verfügt einen Kontaktsperreerlass gegen Franz Schönhuber und Harald Neubauer; der Landesparteitag der gleichen Gliederung spricht sich einstimmig dagegen aus und lädt provokativ Schlierer neben Neubauer und Heiner Kappel zu einer Veranstaltung in Mainz ein. In dem nur noch selten erscheinenden Parteiblättchen „Der neue Republikaner“ wird heftig gegen die NPD gewettert, aber in Dresden bereiteten REP-Mitglieder und NPD-Kader gemeinsam eine Aktion zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt vor.

■ Hoffnung auf REP ohne Schlierer ■

Doch nicht nur bei Schlierer und seiner schwindenden Zahl an Getreuen sieht man Kappels Vorstoß mit Unbehagen. Auch Alfred Mechttersheimer verfolgt andere Pläne. Nach „bewährtem“ Muster seiner Deutschland-Bewegung hat er eine Deutsche Aufbau-Organisation ins Leben gerufen, die sich als Vorstufe einer nach einem umfassenden Klärungsprozess zu bildenden Partei versteht. Hier soll zunächst vor allem Selbstverständigung betrieben werden. Die notwendige Einigung, so der Kreis um Mechttersheimer, müsse von der Basis ausgehen. Dem stimmt auch die Mannschaft der Zeitschrift „Nation&Europa“ zu, denn speziell der frühere REP-Funktionär Harald Neubauer weiß genau, dass jeder verstreichende Tag die Unzufriedenheit bei den REP ebenso steigen lässt wie die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. „Wenn in NRW oder bei Neuwahlen in Hessen leider wieder kein Erfolg errungen wird“, schreibt Mechttersheimer an Baldur Springmann, „werden auch die Skeptiker den Weg der Aufbau-Organisation als große Chance erkennen.“ Um die Anziehungskraft des Unternehmens zu verstärken und Überparteilichkeit zu demonstrieren, wird ein „Manifest der 100“ erarbeitet, das eine „illustrte Autorengemeinschaft“ präsentieren soll.

Hier werden sich dann wohl auch die Nation Europa Freunde e.V. wiederfinden, die inzwischen für sich mit dem Namenszusatz „im Rahmen der

Deutschlandbewegung“ werben. Für einen Politischen Aschermittwoch mit Harald Neubauer in München ließen die umliegenden Regionalkreise der Deutschland-Bewegung ihre regulären Treffen ausfallen. Auffällig ist zudem die häufige Autorentätigkeit von Aktivisten der Deutschland-Bewegung in dem Monatsblatt. Beide Seiten sind sich einig darin, dass ein Neuanfang nur mit den REP ohne Schlierer erfolgsversprechend sein kann und dass gleichzeitig ein Zerschlagen dieser Partei verhindert werden muss. Also muss auf Zeit gespielt und Druck von der Basis ausgeübt werden. Die Gefahr wird beim Gegner im eigenen Lager wohl erkannt: die Schlierer nahe stehende „Junge Freiheit“ berichtete ausführlich über eine Veranstaltung des Cannstatter Kreises mit Eva Klotz (Union für Südtirol) und Neubauer, erwähnte dabei den Namen des letzteren kein einziges Mal.

■ „Hochgradig ungefährliche Parteien“ ■

Da bisher sowohl der erhoffte Kohl- als auch der Haider-Effekt ausgeblieben sind, pflegen wiederum andere Vordenker des Lagers nostalgische Erinnerungen. Caspar von Schrenck-Notzing, langjähriger Herausgeber des Theorieblattes „Criticon“ und traditionell mit den Versuchen liebäugelnd, eine Kraft rechts von der Union zu etablieren, die nicht ohne weiteres als „extrem“ stigmatisiert werden kann, datiert die Ursache der heutigen Malaise des Lagers auf das Jahr 1960 zurück. Indem Konrad Adenauer damals veranlasste, der konservativen Deutschen Partei den Geldhahn ab-zudrehen, was deren faktisches Ende nach sich zog, habe er den strategischen Fehler begangen, eine dezidiert rechts von der Union stehende eigenständige politische Kraft zu zerstören. Zwar sei damit der rechte Flügel der Volkspartei CDU gestärkt worden, doch habe man sich zugleich in seinen Koalitionsmöglichkeiten eingeschränkt. Und auch frühere Heimstätten eines - nur als antidemokratisch zu bezeichnenden - Konservatismus wie die Deutschland-Stiftung seien nach und nach auf Parteikurs gebracht worden.

Diese Analyse teilt auch der Herausgeber der CSU-nahen Zeitschrift „Epoche“, Karl Ludwig Bayer, heute Mitglied der CSU und einst im Parteivorstand der NPD. Die Vergangenheit habe gezeigt, so erläutert er im Interview mit der „Jungen Freiheit“, dass die Integration kleinerer Parteien in die CDU nicht automatisch auch die Gewinnung ihrer

Wähler bedeute. Eine Volkspartei fränse stets an den Rändern aus. Deshalb müsse ein Angebot geschaffen werden, das auch diese Zielgruppe erfasse und zugleich mit der CDU verbunden sei. Er vertritt offen die Position, die „CSU sollte diese Lücke füllen, indem sie einen verlängerten Arm, beispielsweise in Gestalt einer wiederbelebten ‘Deutschen Partei’, in den übrigen 15 Bundesländern aufbaut. Sollte die CSU diese Möglichkeit nicht ergreifen, wird es meiner Voraussicht nach ohne die Unionsparteien zu neuen konservativen Gruppierungen mit Aussicht auf Wahlerfolg kommen.“ Es ist der alte Traum von einer „Vierten Partei“, der wieder einmal durch die Köpfe geistert, der schon einmal virulent war, nachdem mit der FDP der bisherige Koalitionspartner abhanden gekommen war und zugleich der Zerfall der NPD die Möglichkeit bot, dort Potenzial zu gewinnen.

Was Bayer und Schrenck-Notzing vorläufig als Gedankenspiele betreiben, versucht der frühere CDU-Landtagsabgeordnete und spätere BFB-Funktionär Heiner Hofsommer in seiner nordhessischen Heimat mit Unterstützung des früheren CDU-MdB Wilfried Böhm durch seinen Kirchheimer Kreis organisatorisch in die Wege zu leiten. Die CDU ist seiner Ansicht nach „versozialdemokratisiert“, vom „Zeitgeistvirus infiziert“. Auch Hofsommer schwebt eine Neuauflage der Deutschen Partei vor. Gerade in Hessen sieht er dafür gute Chancen, da dieses Bundesland, so Paul Rosen in der „Jungen Freiheit“, „bis dato Zentrum des rechten Flügels“ gewesen sei. „Namen wie Alfred Dregger und Manfred Kanther standen einst für das konservative und nationalbewusste Deutschland.“ Da sie durch ihr Verhalten auch ihre Positionen diskreditiert hätten, sei ein weiterer „Linksrutsch“ der CDU zu erwarten. Die Hoffnung, dass der BFB eine Art bundesweite CSU werden könnte, hat Hofsommer inzwischen aufgegeben, den Ansatz selbst freilich nicht.

So ist denn fast das gesamte Lager rechts von der Union auf der Suche nach dem politischen Gold, das angeblich auf der Straße liegt. Und immer dann, wenn man besonders heftig geblendet ist, vermeint man, auf das ersehnte Gold gestoßen zu sein. Doch bisher sind es stets wertlose Glasmurmeln gewesen, die für den Effekt gesorgt haben und Änderung steht nicht in Sicht. Je mehr von Sammlung und „Bündelung der Kräfte“ gesprochen wird, desto mehr Gruppen und Grüppchen entstehen. Süffisant amüsiert sich folglich der NPD-Funktionär Professor Michael Nier: „Diese Parteien sind hochgradig ungefährlich.“ *Jean Cremet*

Verfassungsschutz**Spirale der Gewalt****Die Zahl der militanten Rechten hat in Niedersachsen zugenommen.**

Besorgniserregende Zahlen kamen jetzt aus Hannover aus dem Innenministerium: Die Zahl der rechtsgerichteten Skinheads in Niedersachsen ist auf 1100 angestiegen. Für den Berichtszeitraum 1998 waren es noch 1000, ein weiteres Jahr zuvor lediglich 600. Nach den Aufstellungen des Verfassungsschutzes hat die Zahl sich also innerhalb von zwei Jahren fast verdoppelt. Einen gewaltigen Schub erfährt dieser Personenkreis durch entsprechende rechtsextreme Musik in Form von Tonträgern und Konzerten. Namentlich wird dabei von der Innenbehörde Thorsten Heise eine besondere Rolle zugeschrieben. „... der Northeimer Neonazi und ehemalige FAP-Landesvorsitzende Thorsten Heise beteiligt sich an Geschäften mit CDs. Er gründete im Dezember 1998 einen Großhandel für Bild- und Tonträger, Geschenkartikel, Militärbekleidung und -schuhe, Campingartikel“. „In Göttingen kooperierte der NPD-Kreisverband mit ... Heise und dessen Kameradschaft Northeim“, heißt es im aktuellen Verfassungsschutzbericht an anderer Stelle. Daraus folgert der Schluss: „Eine Scharnierfunktion bei den Kontakten zwischen Skinheads und Neonazis kommt insbesondere dem Neonazi Thorsten Heise zu.“

Skinheads haben Hochburgen in den Regionen Aurich, Braunschweig, Celle, Hildesheim, Lüchow, Lüneburg, Northeim, Oldenburg, Stade, Wilhelms- haven sowie in Hannover und Umgebung. Neonazistische Kameradschaften hat der Verfassungsschutz 15 registriert. Diese haben Schwerpunkte in Hannover, Lüneburg und Südniedersachsen.

Die Zahl der fremdenfeindlichen Anschläge hat 1999 um 26,1 Prozent zugenommen, rechtsextremistische Delikte sind um 6,4 Prozent zurückgegangen. Als bedeutsam wird ein Tötungsfall eingestuft. Dabei wurde in Eschede ein Arbeitsloser Opfer von zwei Skinheads, die ihn mit Schlägen und Tritten malträtierten. Einer der Skins war Teilnehmer an der 7. Hetendorfer Tagungswoche 1997 in dem Neonazi-Schulungszentrum, das inzwischen vom Innenminister per Verbotsverfügung gegen die Betreiber neben anderen Heideheim e.V. geschlossen wurde. Das Verbot wurde am 29. März vom Oberverwaltungsgericht in Lüneburg bestätigt.

Die NPD zählt offiziell 15 Kreisverbände. Die Mitgliederzahl hat sich innerhalb eines Jahres von 400 auf 450 erhöht. Die Jungen Nationaldemokraten zählen 40 Aktivisten. Der Verfassungsschutz sieht in dem neuen NPD-Kreisvorsitzenden für „Lüneburger Heide/Elbe“, Manfred Börm, eine zentrale Figur. Er ist Beisitzer im Landesvorstand und war früher Gau-Führer der Wiking-Jugend.

Die DVU verzeichnet einen Mitgliederrückgang von 1600 auf 1500. Regionale Stammtische ersetzen öffentliche Veranstaltungen. Im Landesvorstand gab es einen Wechsel. Richard Carls beerbte den Bremer Krause. Die Zahl der Republikaner ist mit 600 gleich geblieben. Der stellvertretende Landesvorsitzende Heinz Otto Lehmann beklagte sich zuletzt über die schwache Mitgliederstruktur und fehlende Finanzen. Die Deutsche Liga für Volk und Heimat bringt es auf 30 Mitglieder, zuvor 20. Sie ist besonders in Hannover verwurzelt. Dort gibt es unter der Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen“ regelmäßige Veranstaltungen.

Unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes steht „Der Stahlhelm e.V. - Bund der Frontsoldaten“. Diese Vereinigung aus Jork wird von der Familie Drückhammer geführt. Vater Günter ist Bundesvorsitzender, Sohn Kai-Uwe Landesvorsitzender und zugleich Bundesjugendführer. Die Gruppierung hat sich seit Beginn 1999 allen Altersgruppen geöffnet. So gibt es für Kinder einen Spielkreis, für Jugendliche den Scharnhorst-Bund, für die bis 30-Jährigen den Jung-Stahlhelm-Bund und für die Frauen den Stahlhelm-Frauenbund. Neben Kameradschaftstreffen sind Biwak- und Wehrsportaktivitäten ausgeprägt, die auf militäristische Tendenzen hindeuten.

Erwähnung im Bericht findet die Deutsche Freiheitsbewegung unter Georg-Albert Bosse aus Wolfsburg, der für die Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ verantwortlich zeichnet. Ein Lesertreffen fand im Oktober 1999 in Hessisch-Lichtenau mit rund 150 Interessenten statt. Außerdem in Niedersachsen beheimatet ist der Freundeskreis Deutschland aus Colnrade (Landkreis Oldenburg). Diese Gruppe bezeichnet sich nach eigenen Angaben als „gänzlich unamerikanische Gemeinschaft“ und ist dem völkischen Denken verhaftet.

Unter den ausländischen Extremistenorganisationen fällt „Der Kalifatsstaat“ auf, der streng dogmatisch jegliche Kontakte mit der westlich demokratischen Gesellschaft untersagt. 250 Mitglieder dieser antisemitisch argumentierenden Verbindung werden in Niedersachsen gezählt.

Horst Freires

Verfassungsschutz**Auftrieb in Berlin**

Einen Anstieg des rechtsextremen Potenzials in Berlin auf insgesamt 2.785 Personen (1998: 2.695) stellt der aktuelle Lagebericht des Landesamts für Verfassungsschutz fest. Der Zulauf erstreckt sich danach ausschließlich auf das militante Spektrum. Von den 740 (Vorjahr: 660) als gewaltbereit eingeschätzten Rechtsextremisten sind 550 (500) den Skinheads zuzurechnen. Parallel sehen die Verfassungsschützer eine zunehmende Gewaltbejahung bei den Neonazis, deren Zahl im Laufe von zwei Jahren von 245 auf 420 Aktivisten angestiegen ist. Als bedrohlich und potenzielles Sicherheitsrisiko werden die Anti-Antifa-Aktivitäten eingestuft. Die Struktur der autonomen Personenzusammenschlüsse scheint abgebröckelt, so werden derzeit nur mehr acht (15) sogenannte Kameradschaften gezählt, in denen rund ein Viertel der Szene sich tummelt. Strippenzieher sind hier der ehemalige FAP-Landesvorsitzende Lars Burmeister und der 55-jährige Neonazi Frank Schwerdt, Mitglied im NPD-Bundesvorstand.

Die NPD bildet nach wie vor eine Schnittstelle in das neonazistische und militante Spektrum. Der Einfluss der neonazistischen Kräfte werde noch zunehmen, vermuten die Verfassungsschützer. Mitgliederzahlenmäßig (220: 210) konnte die Partei, die jetzt ihr Domizil nach Berlin verlegt hat, bislang nicht profitieren. Besondere Bedeutung kommt der NPD nicht zuletzt wegen ihrer parteilichen Infrastruktur zu. Beim „Kampf um die Straße“ schließen sich auch Aktivisten der neonazistischen Szene und Skinheads an, wie es bei den Berliner NPD-Demonstrationen am 29. Januar und 12. März deutlich wurde. In vorderer Reihe mit von der Partei ist der einflussreiche Hamburger Neonazi Christian Worch. Eine Annäherung an die NPD wird auch bei dem zunehmend politische Aktivitäten entfaltenden Skinhead-Netzwerk „Blood & Honour“ beobachtet, die wie die „Hammerskins“ in Berlin ihre bundesweit aktivste Division haben.

Die meisten Rechtsextremisten leben in den östlichen Berliner Bezirken Treptow, Lichtenberg und Pankow, im Laufe von 1999 wurde allerdings eine zunehmende Wohnsitzverlagerung in westliche Bezirke beobachtet. Die bekannteren Rechtsextremisten-Treffs liegen aber überwiegend im Osten. Die Republikaner mussten in Berlin Federn lassen und reduzierten sich um 100 auf 750 Mitglieder, die DVU stagniert bei 630 Personen. G.N.

Aktivitäten**Tarnorganisation**

Der in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel per Postfachadresse residierende rechtsextreme „Arbeitskreis für deutsche Politik e.V.“ (AfdP) veranstaltet am 15./16. April eine Wochenendtagung. Der genaue Veranstaltungsort wird nur teilnehmenden Personen mitgeteilt.

Als Referenten sind Horst Rudolf Übelacker (Bundesvorsitzender des revanchistischen Witikobundes, Ex-REP-Funktionär), Walter Post (Referent bei der revisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt), Klaus Weinschenk (Ex-REP-Funktionär, Referent bei der NPD) und Emil Schlee (Ex-REP-MdEP, Autor in der holocaustleugnenden Vierteljahreszeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“) angesagt.

Erkenntnissen des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz zufolge hat sich der AfdP, seitdem er 1991 öffentlich bekannt wurde, zu einem „Kristallisationspunkt in der rechtsextremistischen Szene Schleswig-Holsteins“ und zu einem „Sammelbecken und Diskussionsforum“ von Rechtsextremisten unterschiedlichster Couleur entwickelt.

Der AfdP versteht sich als „Teil“ der Deutschland-Bewegung von Alfred Mechttersheimer. Geworben wird für die anstehende Veranstaltung unter anderem in dem Blättchen „Frieden 2000“, das vom Friedenskomitee 2000 in Starnberg herausgegeben wird.

Gegründet wurde der AfdP von den ehemaligen Republikaner-Funktionären Thomas Schröder und Axel Neu. Derzeitiger Vorsitzender ist Wolfgang Dahlmann, Ex-Republikaner und später DVU-Mitglied. Dahlmann war auch am 21. November 1999 auf der Jahresabschlussveranstaltung der rechtsextremen Vereinigung „Aufbruch 99“ in Hamburg zuhause.

Zuletzt führte der AfdP, der seinen Aktionsradius auch auf die benachbarten Bundesländer ausgedehnt hat, im Oktober eine „Deutschlandpolitische Tagung“ in Niedersachsen durch. Referenten auf der Veranstaltung, für die auch in der Vierteljahresschrift „Das Freie Forum“, dem „Mitteilungsblatt“ der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), geworben wurde, waren neben anderen Reinhold Oberlercher und Horst Mahler. A.M.

Aktivitäten**„Individualfaschist“**

Der rechte Musiker Josef Klumb meldet sich in der Öffentlichkeit wieder zurück.

Nachdem der Gothic-Musiker Josef Klumb (alias Jay Kay, Josef Maria K., J. Korus) die Band „Weissglut“ verlassen musste, wurde es still um den rechten Sänger aus Bingen am Rhein. Auf Druck des Sony-Konzerns, der „Weissglut“ unter Vertrag hat, trennte sich die Gruppe Anfang vergangenen Jahres von ihrem Frontmann, Sänger und Texter, der wegen seiner Anbindung an den Rechtsextremismus und entsprechender Interviewäußerungen in die Kritik geraten war. Jetzt meldet sich der 38-Jährige mit der CD „Imperium Internum“ und dem Buch „Leicht entflammbares Material“ zurück.

Die rechtsextremistische Duisburger Firma Verlag + Agentur Werner Symanek (VAWS), bei der Klumb zeitweise angestellt war und mit der Band „Forthcoming Fire“ (FF) unter Vertrag stand, kündigt jetzt das Erscheinen von „Imperium Internum“ an. Das Album ist die erste CD von Klumbs Gruppe „Von Thronstahl“, die im vergangenen Jahr bereits die Vinylplatte „Sturmzeit“ veröffentlicht hat. Diese erschien beim kleinen Dresdner Label „Eis & Licht Tonträger“, das dem neurechten Gothic-Fanzine „Sigill“ (Stephan Pockrandt) angegliedert ist. Die Debüt-CD soll nun durch ein englisches Label auf den Markt kommen.

Den Stil des Albums bezeichnet VAWS als „neoklassizistisch“. In ihrer offenbar von Klumb verfassten Eigenwerbung zählt sich die Band zur „abendländisch, konservativen Avantgarde“. „Von Thronstahl“ war neben den Klumb-Bands „Forthcoming Fire“ und „Preussak“ auch an Samplern beteiligt, mit denen VAWS vom Buch- und Zeitungsverlag zum CD-Label avancierte. 1996 und 1998 widmete Symanek je eine aufwendige Musik-Kompilation den NS-belasteten Künstlern Leni Riefenstahl und Josef Thorak.

Den Band „Leicht entflammbares Material“ hat der Duisburger (ehemals Binger) Verlag, der sich auf ein rechtes Gothic-Publikum spezialisiert hat, bereits vor knapp einem Jahr in Aussicht gestellt. Das Buch beschäftigt sich mit den „Machenschaften“ gegen Klumbs Band „Forthcoming Fire“. Im vergangenen Jahr haben „Forthcoming Fire“ bei VAWS ihr letztes Album in alter Besetzung her-

ausgebracht („Watching Rome Burn“). Die CD umfasst unveröffentlichtes oder überarbeitetes Material aus den Jahren 1995 bis 1997, der Zeit, bevor Josef Klumb auf dem Sony-Ticket ins professionelle Rock-Business durchzustarten hoffte. Dem Sänger zufolge hat sich FF nicht formal aufgelöst, sondern ruht zurzeit, da sich der Kopf auf das Projekt „Von Thronstahl“ konzentriert. In einem weiteren Buch will sich Klumb demnächst mit den Auseinandersetzungen um die „Weissglut“-CD „etwas kommt in deine welt“ befassen. Das Sony-Label Dagnet/Epic hatte das Produkt Anfang 1999 nicht weiter vermarktet, nachdem insbesondere der „SPIEGEL“ über Verbindungen des Frontmanns zum Rechtsextremismus berichtet hatte.

Klumb bekennt sich inzwischen deutlicher zu einer rechten Gesinnung. Ausdrücklich betont er seine Sympathien für Mussolini, aber auch für dessen Hausphilosophen Julius Evola und den Begründer des esoterischen Hitlerismus, Miguel Serano. Einen positiven Bezug auf den Begriff des Faschismus hatte Klumb bereits im vergangenen Jahr in Interviews erkennen lassen. Ein „Individualfaschist“ sei er, da er sich einer informellen politischen Strömung von Einzelpersonen zugehörig fühle, zu der er etwa auch den Wiener Kopf des neurechten Gothic-Projekts „Allerseelen“, Gerhard Petak (alias „Kadmon“), zählt. Immerhin sei er, sagt Klumb, seit Wahlsieg und Regierungsbeteiligung der FPÖ („Haider-Triumph“) geneigt, der „Demokratie wieder eine Chance zu geben“, mit der er eigentlich schon abgeschlossen gehabt habe.

Nie verloren hat Klumb den Glauben an Verschwörungstheorien, nur sind diese noch nebulöser geworden. Hatte er seine Vorstellungen von strippenziehenden Hintergrundmächten in einem Interview mit dem Szeneblatt „Gothic“ 1995 noch ausdrücklich mit dem „Zionismus“ in Verbindung gebracht, so nimmt er diesen Zusammenhang nun zurück. Ende vergangenen Jahres hatte er sich noch sehr drastisch über den „Zionismus“ geäußert, diesem einen die Nürnberger Gesetze in den Schatten stellenden Rassismus unterstellt und den Talmud mit „Mein Kampf“ verglichen.

Das Symbol der Schwarzen Sonne, das die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus repräsentiert und sich leitmotivisch durch Klumbs musikalischen Schaffen zieht, darf in seinen aktuellen Äußerungen nicht fehlen. In der Eigenwerbung der CD „Imperium Internum“ kündigt der Binger ein Auftritt der Band zu Pfingsten beim 9. „Wave Gothic Treffen“ in Leipzig an und wünscht sich „strahlend schwarzen Sonnenschein“. *Thomas Pfeiffer*

Demokratische Initiativen**Das Treiben stoppen**

Ein Webring gegen die braunen Aktivitäten im Internet hat sich im deutschsprachigen Bereich gegründet.

Schon längst haben auch Rechte jeglicher Couleur die Vorzüge des Internet für sich entdeckt. Schriften mit rassistischem, antisemitischem und sonstigem gewaltverherrlichenden Inhalt können problemlos vom Internet heruntergeladen werden. Dem stehen staatliche Stellen und demokratische Öffentlichkeit bisher hilflos gegenüber oder führen Zensurdebatten am Thema vorbei. Im Sommer soll in Genf eine Konferenz zum Thema „Rassismus im Internet“ stattfinden, wo über die politischen Reaktionen debattiert werden soll. Schneller sind da zivilgesellschaftliche Initiativen, die nicht länger tatenlos zusehen wollen. Die Schweizer „Aktion Kinder des Holocaust“ (AKdH) versucht auf verschiedenen Wegen, dem rechtsextremen Treiben im Netz Einhalt zu gebieten.

„Wir üben Druck auf die Provider auf, indem wir an die Öffentlichkeit bringen, welches Gedanken-gut sie anbieten“, erklärt AKdH-Sprecher Samuel Althof die Arbeitsweise seiner Organisation. Auf diese Initiative hin wurden schon mehrere rassistische Seiten aus dem Netz entfernt und auch der Online-Buchhändler amazon.de nahm die englischsprachige Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ nach AKdH-Intervention aus dem Verkaufsangebot. Ähnlich wie bei Kioskbesitzern, die rechte Zeitungen verkaufen, stellen sich auch viele Provider taub und lassen die rechten Umtriebe im Internet weiterhin zu. Für Althof ist es der langwierige, aber notwendige „Kampf gegen Windmühlenflügel“.

Ein Hauptziel der Initiative ist die Schaffung eines Problembewusstseins. Dazu dient auch der antifaschistische Webring, den die AKdH kürzlich ins Leben gerufen hat. Internetanbieter, die sich Themen der Shoah und des Antisemitismus widmen, können sich dort vernetzen und gegenseitig Links austauschen. Ziel ist der Aufbau einer Datenbank, der Interessierten die Orientierung durch den oft unüberwindlich scheinenden Internet-Dschungel erleichtern soll. Schon kurz nach der Gründung haben sich elf Anbieter dem Webring angeschlossen, darunter die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) und die Schweizer Wochenzeitung

(WoZ). „Die Zeitung hat sich schon immer sehr engagiert mit dem Themenkreis Neonazis / Neue Rechte auseinandergesetzt. Somit war für uns auch klar, dass wir hier die internetspezifischen Möglichkeiten der Vernetzung nutzen wollen. Des Weiteren sehen wir es auch als Dienstleistung für unsere am Thema interessierten User, die so Web-Angebote finden können, die ihnen ansonsten vielleicht nie begegnen würden“, begründet WoZ-Außenpolitik-Ressortchef Pit Wuhler die Beteiligung seiner Zeitung an dem Projekt.

Doch die Zahl weiterer Interessenten ist groß und die Betätigungsfelder der Initiative sind noch längst nicht ausgeschöpft. Angestrebt wird eine Art Gütesiegel für deutschsprachige Internetseiten, die sich mit dem Holocaust auseinandersetzen. Damit sollen den vielen pseudowissenschaftlichen Texten im Internet begegnet werden, die die rechte Ideologie unter scheinbar seriösen Vorzeichen viel erfolgreicher verbreiten als offene Neonazis und damit oft viel gefährlicher sind.

Im englischsprachigen Raum gibt es unter www.webring.org vergleichbare Linksammlungen.

Peter Nowak

Hinweis

Stuttgart - Eine Veranstaltung zum Thema „1. Mai unter dem Hakenkreuz - 1. Mai der Neonazis heute“ findet am 19. April um 17.00 Uhr im Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Straße 20 statt. Am 1. Mai 1933 besetzten die Nazis den Kampf- und Feiertag der Arbeiterschaft. Ab da hieß es „Feiertag der nationalen Arbeit!“ Am 2. Mai 1933 zerschlug die SA die Gewerkschaften. Auf den Gewerkschaftshäusern wehten die Hakenkreuzfahnen der NS-Betriebsorganisationen. Heute greifen Neonazis wieder nach dem 1. Mai, um diesen ideologisch und organisatorisch zu vereinnahmen. In einem Lichtbildvortrag stellt Heinz Lauber, Bundesvorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten, die Entwicklung vor. Anschließend folgt die Eröffnung der Ausstellung „Der 1. Mai im Wandel der Zeit“. Auf noch vorhandenen historischen 1. Mai-Plakaten wird der Wandel des 1. Mai sichtbar. Veranstalter sind die baden-württembergische Landeszentrale für politische Bildung, der Verein Gegen Vergessen - Für Demokratie, die Gewerkschaft ÖTV, der DGB und die Deutsch-Israelische Gesellschaft.

Demokratische Initiativen**Ein Zuhause gebaut**

Das heutige Berlin ist für Juden wieder lebenswert geworden.

„Es ist ein Wunder, dass es wieder eine zukunfts-trächtige Gemeinschaft in Berlin gibt, und es ist ein Wunder, dass es euch gibt.“ Mit diesen Worten beglückwünschte der eigens aus Jerusalem angereiste Rabbiner Weinman den Jüdischen Kulturverein Berlin zu dessen 10. Geburtstag. Die Wunder sind nicht zufällig ebenso alt wie die wiedergewonnene Einheit der Stadt. Sie führte nicht nur die relativ kleine Jüdische Gemeinde West-Berlins, die 1989 6.000 Mitglieder hatte, und die winzige Gemeinde Ost-Berlins mit damals 209 Mitgliedern, unter ein Dach. Sie leitete auch die Öffnung für jüdische Zuwanderer aus Osteuropa ein, die heute das Gros der über 13.000 Juden in der Hauptstadt stellen. Das Aufblühen des Jüdischen Lebens hatte auch anziehende Wirkung für Juden aus anderen europäischen und außereuropäischen Ländern. Mit dem schrittweisen Übergang Berlins zum Regierungssitz reihten sich Diplomaten und Botschafts-mitarbeiter jüdischen Glaubens ein.

Den Vergleich zur glorreichen Vergangenheit hält die heutige Situation freilich nicht aus. Einst war kein Lebensbereich in Spree-Athen ohne Juden denkbar. Berühmte Ärzte und Juristen, Physiker und Chemiker, Literaten und bildende Künstler, Musiker und Kabarettisten, Theaterintendanten, Regisseure und Schauspieler, Bankiers und Politiker jüdischer Herkunft prägten das geistige Milieu der Stadt. Bis 1933 lebten 173.000 Juden, ein Drittel des deutschen Judentums, in Berlin. Die so fruchtbare und vermeintlich immerwährende deutsch-jüdische Kultursymbiose wurde ein Opfer des Holocaust. Ganze 5.000 Juden gab es nach dem Ende des Krieges noch oder wieder in Berlin, die meisten alt und in sogenannten Mischehen mit Nichtjuden lebend. Das nazistische „Endziel“ einer judenreinen Stadt schien noch nach dem Untergang der braunen Herrschaft nahe zurücken.

So gesehen ist die Wiederauferstehung des Judentums in Berlin ein Hoffnungszeichen, das auch von den nichtjüdischen Berlinern mit Interesse und überwiegend durchaus positiv beobachtet wird. „Die Jüdische Gemeinde ist eine Religionsgemeinschaft“, betonte Gemeindevorsitzender And-

reas Nachama in einem Gespräch, „deshalb bildet den Kern unserer Tätigkeit natürlich Kultus und Erziehung.“ Nicht ohne Stolz verweist er darauf, dass die inzwischen fünf Synagogen der Stadt - eine davon ist täglich geöffnet - gut besucht werden, am Sabbat allwöchentlich von 1.000 bis 1.200 Gläubigen.

Die Zukunftsgewissheit der Gemeinde nimmt Nachama aus der auch bei den Veranstaltungen sichtbar werdenden Veränderung ihrer Altersstruktur. Die Gemeinde ist nicht nur größer, sondern vor allem jünger geworden, sagt er. Heute bilden die mittleren Jahrgänge eindeutig die Mehrheit, nicht mehr die Rentner und Pensionäre. Und endlich gibt es auch wieder Nachwuchs aus den eigenen Reihen in beachtenswerter Zahl. Davon kann man sich im Kindergarten, in den Jugendzentren, in den beiden Grundschulen und in der einzigen Jüdischen Oberschule - Realschule und Gymnasium - der Bundesrepublik überzeugen. Diese Lehranstalt mit 250 Schülerinnen und Schülern, eine Privatschule in der Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde, hat ihren Sitz in einem traditionsreichen Gebäude des alten „Scheunenviertels“ in der Großen Hamburger Straße. Eine Tafel am Eingang zeigt ein Porträt Moses Mendelssohns, zu dessen zahlreichen Verdiensten um die Berliner Juden auch die Gründung der ersten jüdischen Knabenschule gehört, und informiert, dass in diesem Hause schon bis 1939 jüdische Kinder unterrichtet wurden.

■ Eine Brücke zur Gemeinschaft ■

Die „Große Hamburger“ war einst eine jüdische Straße. Nazis und Bomben haben wenig übriggelassen. Auf den ältesten jüdischen Friedhof, wo sich Mendelssohns Grab befand, und das Altenheim, das später als Gestapo-Zentrale diente, weisen nur noch Schrifttafeln hin. Eine von Will Lammert, dem Schöpfer des Mahnmals am KZ Ravensbrück, gestaltete Figurengruppe erinnert an die Verfolgten und Getöteten, namentlich an die 50 000 von hier nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager Deportierten. Gegenüber sind die Brandmauern zweier erhalten gebliebener Häuser mit Namen, Berufen und Lebensdaten der Juden beschriftet, die vor ihrer Ermordung hier gewohnt haben.

Tausende Berliner und Touristen zieht es Tag für Tag in die Große Hamburger und in die Oranienburger Straße, wo jetzt das jüdische Leben des Berliner Ostens pulsiert. den architektonischen Mit-

telpunkt bildet in der Oranienburger Straße die imposante Kuppel der Neuen Synagoge, die heute als „Centrum Judaicum“ Juden und Nichtjuden Wissen über Wesen und Geschichte des Judentums vermittelt. Um dieses Zentrum herum gruppieren sich bis zu den Hackeschen Höfen und der Tucholskystraße, Sitz des Zentralrates der Juden in Deutschland, unterschiedlichste jüdische Einrichtungen, Restaurants, in denen man koscher essen und Klezmer-Musik hören kann, Galerien, die strenggläubige Jüdische Gemeinde Addas Jisroel und im Eckhaus zur Krausnickstraße das Anne-Frank-Zentrum und der Jüdische Kulturverein.

In den Kulturverein, eine nicht unumstrittene Gründung der Wendezeit in Ost-Berlin, setzt Andreas Nachama bestimmte Erwartungen. Im Osten gab es zu DDR-Zeiten weit mehr Juden als Gemeindemitglieder. Manche davon hatten in ihrem Elternhaus jüdische Bräuche und Lehren kennen gelernt, wollten ihr Judentum bewahren, aber keiner Religionsgemeinschaft angehören. Auch ein Teil der Gemeindeangehörigen Ost fühlte sich in der viel zahlreicheren West-Gemeinde nicht heimisch. Für sie alle bildet der Kulturverein mit seinen 400 Mitgliedern ebenso wie für Zuwanderer mit ähnlicher Biografie eine Brücke zur großen jüdischen Gemeinschaft. Veranstaltungen des Kulturvereins locken auch jüdische Berlinbesucher aus der Fremde und nichtjüdische Einheimische vor allem der jüngeren Generation, die sich für Jüdisches interessieren. Rabbiner Weinman hatte sichtlich Freude daran, beim „Tag der offenen Tür“ zum Geburtstag des Kulturvereins mitzuerleben, wie das „Wunder“ funktioniert, als alle sprachlichen Verständigungsprobleme mit einem Gemisch aus Englisch, Deutsch, Jiddisch, Russisch und Hebräisch überwunden wurden.

Man spricht unter den Juden der Stadt übrigens recht wenig über das Holocaust-Mahnmal. Berlin hat schon manches gelungene Denkmal für jüdisches Leben und Leiden. Das schönste haben die Juden selbst geschaffen, indem sie hier wieder ein kleines jüdisches Zuhause bauten. Trotz neonazistischer Aufmärsche und antisemitischer Provokationen und Verbrechen, trotz der Notwendigkeit, alle jüdischen Einrichtungen unter Polizeischutz zu stellen - dieses Berlin ist für Juden wieder lebenswert. Das hat für die deutsche Hauptstadt durchaus auch Symbolwert. „Ich glaube, die Bundesregierung weiß zu schätzen, dass sich an ihrem Sitz die größte Jüdische Gemeinde in Deutschland befindet“, ist Nachama überzeugt. *Ralf Bachmann*

Grauzone

Rechte Geschichte

Der ZDF-Historiker Guido Knopp hält sich in einem fragwürdige Umfeld auf.

Die Gustav-Siewerth-Akademie, eine seit 1988 staatlich anerkannte Hochschule, wirbt damit die „kleinste Uni Deutschlands“ zu sein. Angeboten werden von der Akademie, die sich der „Tradition des christlichen Glaubens und Kulturgutes“ verschrieben hat, die beiden Magister-Studiengänge Philosophie und Soziologie.

Prominentes Aushängeschild der Akademie ist der 51-jährige promovierte Historiker Guido Knopp, Leiter der ZDF-Abteilung Zeitgeschichte, Produzent der neuen ZDF-Reihe „Hitlers Kinder“. Knopp lehrt nicht nur als Gastprofessor bei der Akademie, sondern gehört zugleich derem Freundeskreis an.

Wie die „Berliner Zeitung“ jetzt berichtete, steht ein Großteil des leitenden Senats und der Dozenten „ultrarechten, geheimbündlerischen Organisationen“ wie dem Opus Dei, dem „Engelwerk“ und dem Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM) nahe.

Gründerin der Siewerth-Akademie ist Alma von Stockhausen, Ehrenvorsitzende beim VPM-dominierten „Mut zur Ethik“-Kongress (1993) und Referentin bei der völkisch elitären Deutschen Hochschulgilde Karlsruhe (1998). Dem VPM-Umfeld sind auch die Akademie-Lehrenden Peter Beyerhaus, Hans Schieser, Horst Seidl und Tadeusz Guz zuzurechnen, die allesamt bei „Mut zur Ethik“-Kongressen auftraten. Senatsmitglied ist Lothar Bossle, Ehrenvorsitzender des „Mut zur Ethik“-Kongresses 1996, sowie altgedienter Seminarleiter beim stramm rechten Studienzentrum Weikersheim. Johannes Stöhr und Leo Scheffczyk, die Katholische Dogmatik lehren, gelten als Opus Dei-Mitglieder.

Akademie-Rektor seit dem 1. Mai 1999 ist Albrecht Graf von Brandenstein-Zeppelin, der dem „Engelwerk“ nahesteht und die rechtsklerikale Monatszeitschrift „Kirche heute“ herausgibt. Die Festrede bei seiner Amtseinführung hielt der frühere Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Filbinger (CDU).

Gründungsmitglied des 1997 ins Leben gerufenen „Fördervereins“ ist Claus Jäger, Ex-CDU-MdB, der ebenfalls schon als Referent bei „Mut zur Ethik“-Kongressen auftrat. *Anton Maegerle*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 12,13/2000: Hans-Helmuth Knütter mokiert sich über die „Hetze der EU-Meinungsmacher gegen Österreich“, die sich gegen das Wahlvolk richte. Gefahr bestehe lediglich „für das Postenmonopol des etablierten Bonzentums“ und daraus erkläre sich das Geschrei „ihrer Nutznießer in Medien und Kultureinrichtungen“ (12/00). JF-Chefredakteur Dieter Stein bewertet die NPD-Demos am Brandenburger Tor als „harmlose Randfälle“; „widersinnig“ ist für ihn, dass die NPD mit der „spießigen preußisch-klein-deutschen schwarz-weiß-roten-Fahne“ demonstriert anstatt der Fahne Schwarz-Rot-Gold. In einer Anzeige rufen die Republikaner dazu auf, durch Mitgliedschaft bei ihnen „gegen den Meinungsterror zu protestieren“. Abgebildet ist zwar das Konterfei von Rolf Schlierer, aber der gibt sich nicht als REP-Bundesvorsitzender zu erkennen, sondern lediglich als Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg. Caspar von Schrenck-Notzing, der frühere Herausgeber von „Criticon“ beklagt, dass in der Ära Kohl die konservativen Kräfte in der Union weitgehend zurückgedrängt wurden, „Konservative, heute mehrheitlich Nichtwähler“, nunmehr „kritische Distanz zur CDU hielten (12/00). Klaus Motschmann geißelt die „inzwischen ehernen Grundsätze unserer sogenannten politischen Kultur“, nach denen „blind-links“ Stalin „nicht ‘in einem Atem’ mit Hitler genannt werden“ dürfe, Jörg Haider aber sehr wohl (13/00). Die von griechischer Seite vorgetragenen Entschädigungsforderungen für deutsche Massaker im Zweiten Weltkrieg, was in Distomo, wo 218 Menschen erschossen wurden, seine „Gründe“ gehabt hätte, die verschwiegen würden, so die JF, seien rein politisch „von wahlkämpfenden griechischen Präfekten“, gestützt von der Linken, gesteuert. Die frühere Reichsreferentin des Bundes Deutscher Mädel (von 1937 bis 1945), Jutta Rüdiger, rühmt sich im JF-Gespräch ihrer guten Zusammenarbeit mit dem Reichsjugendführer Baldur von Schirach und verteidigt die Werte, die die Jugend im Nationalsozialismus geprägt hätten. Breiten Raum hat das rechtsextreme Spektrum auf den Literaturseiten. Platz finden neben anderen durch Inserate oder Besprechungen: die Tübinger Verlage Grabert und Hohenrain, die Verlagsmeinschaft Berg, der NPD-Verlag Deutsche Stimme, der Pour-le-Mérite-Verlag von Dietmar Munier und Claus Nordbruch (13/00). (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 50. Jg., Heft 3/2000: In dem Heft sorgt sich Werner Baumann: „Was wird aus der CDU?“. Der Vorwurf wird gemacht, sie verkörpere einen Etikettenschwindel, sei sie doch nicht „christlich“ sondern multikulturell angesichts von moslemischen, buddhistischen, jüdischen, anders- und nichtgläubigen Mitgliedern. Sie sei auch keine Volkspartei, da sie Partei, also Teil sei, könne sie nicht das Volk repräsentieren. Schließlich unterscheide sie sich nicht von der SPD. Überdies Sorge sich die CSU, rechts neben der Union dürfe es keine Partei geben. Ein solcher Aufmacher macht die derzeitige Hilf- und Orientierungslosigkeit der extremen Rechten und ihrer Organe deutlich. Und auch die vollmundige Ankündigung von Roland Wuttke: „Das System ist am Ende“ ist ungeachtet aller unappetitlichen Skandale eher Wunschdenken, arbeitet doch das System - Deutscher Bundestag und CDU, aber auch deren Konkurrenten - an der Bewältigung politischer Skandale. Also muss sogar der vor 400 Jahren verbrannte andersdenkende Giordano Bruno als zwangsadoptierter Bruder im Leide der heutigen extremen Rechten herhalten. Eine solche Volte bringt auch Franz Schönhuber zustande, der die Aussage des CSU-Fraktionsvorsitzenden Glück, man habe die Republikaner bekämpft, indem man ihren Vorsitzenden Schönhuber stigmatisiert, dazu nutzt, sich in eine Reihe der von den Nazis nach dem 30. Januar '33 verfolgten Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden zu stellen. Was folgt, ist Larmoyanz über die schlechte Behandlung des rechten Politikers Schönhuber durch linke Medien, garniert mit populistischen Ratschlägen. Dass er und Harald Neubauer auch vom REP-Vorstand stigmatisiert werden, lässt uns NE an anderer Stelle wissen, verbunden mit reichlich Werbung für Neubauer. Im übrigen wird die Haider-Schelte abgearbeitet, ohne besonderen Erkenntniswert. Eher versteckt bejammert NE, dass es der extremen Rechten angesichts des „Spendensumpfes der CDU, Flugaffäre der SPD, Haider-Erfolgs“ wegen der fehlenden einigenden Kraft nicht gelingt, ihr Potenzial jenseits der von den Demoskopen errechneten drei Prozent zu mobilisieren. Hoffnung wird auf die Deutsche Aufbau-Organisation gesetzt, einer Initiative von Alfred Mechtersheimer. Zum Streit des DVU-Vorsitzenden Frey mit der Fraktion in Sachsen-Anhalt wird der Bogen geschlagen zu den Vorgängen beim Zerfall der DVU-Fraktionen in Bremen und Schleswig-Holstein. Dies sei eines der vielen Zerfallssymptome im rechten Parteienspektrum, man macht sich Mut, dass es mittel- und langfristig nur besser werden könne. (khr)

Bücherschau**Weg des Faschismus**

Worin ist der inhaltliche Ursprung der faschistischen Ideologie zu sehen? Dieser Frage stellen sich der israelische Historiker Zeev Sternhell und seine Mitautoren Maia Asheri und Mario Sznajder in ihrem Buch „Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini“. Sie wollen darin zum einen die Bedeutung der Ideologie für die Ausbreitung des Faschismus nachweisen und zum anderen deren avantgardistischen, nonkonformistischen und revolutionären Charakter untersuchen. Die besondere Aufmerksamkeit der Autoren gilt entsprechend der Zeit vor der Entstehung des Faschismus und zwar bezogen auf die Entwicklung seines Denkens und der intellektuellen Strukturen, die er im französisch-italienischen Kulturraum aufbaute (vgl. S.14). Der deutsche Nationalsozialismus wird dabei ausgeblendet, gehen Sternhell und seine Mitarbeiter doch davon aus, dass dieser sich trotz gewisser Gemeinsamkeiten aufgrund seines Antisemitismus und Rassismus von den faschistischen Strömungen dort grundlegend unterscheidet.

Nach einleitenden Ausführungen zum Konzept des Faschismus behandeln die Autoren zunächst die Bedeutung von Georges Sorel und dessen antimaterialistischer Marxismusrevision, die sie insbesondere in dessen Aktivismus und Antirationalismus sehen. Anschließend widmen sie sich dem revolutionären Revisionismus in Frankreich und der sich dort über die Sorel-Rezeption herausbildenden Synthese von Nationalismus und Sozialismus. Ähnliche Entwicklungen zeichnen Sternhell und seine Mitautoren anhand des revolutionären Syndikalismus in Italien nach und lassen diese Untersuchung in einer ausführlicheren Darstellung der dortigen sozialistisch-nationalen Synthese münden. Ihren politisch entscheidenden Einfluss habe diese ideologische Entwicklung dann auf Mussolini ausgeübt, was im letzten ausführlichen Kapitel zu dessen Entwicklung von der Marxismuskritik über den nationalen Sozialismus zum Faschismus aufgezeigt werden soll. Das Buch schließt mit einem Epilog zur Anziehungskraft des Faschismus.

Zusammenfassend bemerken die Autoren: „Wenngleich sich die faschistische Ideologie nicht als einfache Reaktion auf den Marxismus bezeichnen lässt, so entstand sie doch als unmittelbares Ergebnis einer spezifischen Marxismusrevision ...

nicht einer Variante oder eines Abklatsches des Marxismus ... Es ist unerlässlich, diesen wesentlichen Aspekt der Faschismusdefinition hervorzuheben, denn die Kristallisation der Grundideen des Faschismus, seiner Philosophie und Mythologie bleibt unverstänlich, wenn man sie nicht auch als Revolte gegen den Materialismus begreift. Es waren die Sorelianer in Frankreich und Italien, die Theoretiker des revolutionären Syndikalismus, die mit dieser neuen und eigenständigen Revision des Marxismus begannen, und eben darin lag ihr Beitrag zur Geburt der faschistischen Ideologie“ (S.16).

Das Urteil über die Darstellung und Interpretation von Sternhell und seinen Mitarbeitern fällt ambivalent aus: Zunächst einmal beeindruckt die Arbeit durch ihren hohen Informationsgehalt zu einem ansonsten in der Literatur zum Thema eher unterbelichteten Aspekt der faschistischen Ideologie. Insbesondere die Person und das Wirken von Georges Sorel sind in diesem thematischen Kontext bislang nur selten zur Kenntnis genommen worden. Darüber hinaus weisen die Ausführungen auf interessante strukturelle Gemeinsamkeiten mit anderen seinerzeit entstandenen, aber politisch eher links ausgerichteten Strömungen hin, wobei die Autoren differenziert argumentierend aber eine inhaltliche Gleichsetzung nicht vornehmen. Und schließlich geben sie auch wichtige Hinweise zur Erklärung der Anziehungskraft des Faschismus auch und gerade für Intellektuelle, etwa hinsichtlich des aktivistischen, antiliberalen, avantgardistischen und revolutionären Selbstverständnisses. Zum anderen sind aber auch einige kritische Anmerkungen vorzubringen: So differenziert die Aussage ist, der Faschismus resultiere aus einer Variante des marxistischen Revisionismus, die selbst nichts mehr mit dem Marxismus gemein habe und eine eigenständige Ideologie bilde, so einseitig und verabsolutierend wirkt diese These als allgemeine Erklärung der Entstehung faschistischen Denkens. Die Autoren starren hinsichtlich der entscheidenden Bedingungsfaktoren nur auf den antimaterialistischen Marxismusrevisionismus. So geraten viele ideologische Prägungen der damaligen Gesellschaften ebenso aus dem Blickfeld wie die inhaltlichen Gemeinsamkeiten mit dem Konservatismus. Es ist ebenso bedauerlich, dass der deutsche Nationalsozialismus als Untersuchungsgegenstand ausgeblendet wurde.

Armin Pfahl-Traugher
Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini. Aus dem Französischen von Cornelia Langendorf, Hamburg 1999 (Hamburger Edition), 410 S., 68 DM

Meldungen**Inland**

■ **Berlin/Nickelsdorf** - Als Redner bei der NPD-Demonstration am 12. März in Berlin ist neben anderen auch der Vorsitzende der österreichischen „Partei Neue Ordnung“ (PNO), Robert Dürr, aufgetreten. Der österreichische Neonazi ist Gründer der „Notwehrgemeinschaft der Bauern“ und einstiges Schriftleitungsmitglied des antisemitischen Hetzblattes „Sieg“. Dürr, (geb. 1956), ehemaliger FPÖ-Funktionär und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, unterhält seit Jahren intensive Kontakte zur NPD und den Jungen Nationaldemokraten. Der März-Ausgabe des NPD-Bundesorgans „Deutsche Stimme“ war die 20seitige Januar-Ausgabe der „Nachrichten“ der PNO beigelegt. Schwerpunkt-mäßig widmen sich die „Nachrichten“ der auch in Österreich gezeigten Wehrmachtsausstellung: „Wir verurteilen die politischen Parteien, die diesen Hetzverbrechen gegen unser Volk nicht entgegengetreten sind. ... Wir verurteilen die hündischen Kriecher in der Justiz, die mit der antifaschistischen Verbrecherclique gemeinsame Sache machen“. Robert Dürr, führender Anti-Antifa-Strategie in Österreich soll auch verantwortlich für die Erstellung eines „Namensregisters“ (Kostenpunkt: 25 Euro) von 4.000 Personen sein, „die im Dokumentationsarchiv und Dunstkreis, in der Israelitischen Kultusgemeinde und Dunstkreis, bei den Freimaurern, Lions, Rotariern und Bilderbergern, bei der jüdischen Freimaurerei, sowie bei der Kommunistischen Partei, den Grünen und Dunstkreis eine wichtige Rolle spielen“. Angeboten wird das Anti-Antifa-Machwerk neben anderen von dem einstigen FPÖ-Funktionär Peter Kurt Weiss, Vorsitzender des neonazistischen „Bürgerschutz Österreich“ (BS).

■ **Calw** - Die Jugendschöffenkammer des Amtsgerichts im baden-württembergischen Calw verurteilte am 27. März den neonazistischen Skinhead Dennis Entenmann (21) zu einer Haftstrafe von zwei Jahren auf Verbewährung und 200 Arbeitsstunden. Das Amtsgericht im Schwarzwaldstädtchen sah nach 15 Verhandlungstagen in Entenmann den Verantwortlichen für zwei Mordaufrufe im Internet (vgl. BNR 15/99). Des Weiteren hatte sich der Neonazi der Bedrohung, des Betrugs, der Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen schuldig gemacht. In einem halben Jahr wird ent-

schieden, ob Entenmann seine Haftstrafe antreten muss oder ob sie zur Bewährung ausgesetzt bleibt.

■ **Düsseldorf** - Noch im April soll das zuletzt beim Verlag Diagnosen (Leonberg) erschienene und seit langem vergriffene Verschwörungstheorien huldigende Machwerk „Wer regiert die Welt? Im Anhang die Protokolle der Weltdiktatur 'Das neue Testament Satans'“ von Des Griffin als Neuauflage beim Düsseldorfer Lebenskunde-Verlag herausgegeben werden. Griffin behauptet, dass „geheime Kräfte“ die „Welt regieren“. Wer damit gemeint ist, zeigen die im Anhang so genannten „Protokolle der Weltdiktatur“. Hierbei handelt es sich in Wirklichkeit um die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“. Gründer des 1969 ins Leben gerufenen Verlages Lebenskunde sind Alfred Manke und Kurt Winter. Manke, einst Freiwilliger des „Panzerjagdkommandos Hitler-Jugend“, war in den 70er Jahren Vorsitzender des bundesweit bekannten rechtsextremen Arbeitskreises Volkstreuer Verbände (Bassum) und zeitweilig Vorstandsmitglied der Gesellschaft für freie Publizistik. Winter, heute alleiniger Inhaber des Lebenskunde-Verlages, ist Funktionär der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft und war zu Beginn der 90er Jahre Vorsitzender der Freien Wählergemeinschaft-Pro Düsseldorf, einer Republikaner-Abspaltung.

■ **Lübeck** - Der ehemalige NPD-Aktivist Dieter Kern aus Lübeck, Vorsitzender des überparteilichen, neonazistischen „Bündnis Rechts“ (BR), wurde auf der 2. ordentlichen Mitgliederversammlung des BR am 25. März erneut zum Vorsitzenden gewählt. Zu gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden wurden auf der Mitgliederversammlung, bei der rund 50 Mitglieder und Gäste anwesend waren, W. Meyer und G. Lehmann bestimmt. Kern bekräftigte in seiner Rede abermals das Ziel der Zusammenführung „aller nationalen Kräfte“. Um das „Bündnis Rechts“ weiterhin als „gemeinsame nationale Plattform“ zu einer Art „Nationalem Dachverband“ auszubauen, wurde beschlossen, dass „nationale Organisationen“ bei einer Mitgliedschaft im BR automatisch einen Sitz im Vorstand erhalten. Als Gastredner sprach der schleswig-holsteinische NPD-Landesvorsitzende Ingo Stawitz.

■ **Northeim** - Das „Freie Infotelefon 88 Norddeutschland“ (FIT) hat sich im März per Ansagedienst von dem Neonazi Thorsten Heise, dem Führer der „Kameradschaft Northeim“ in Niedersachsen verabschiedet, der eine eineinhalbjährige „staatliche Systemhaftstrafe“ angetreten hat. Heise (Jahr-

gang 1969), einst FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen, ist bereits knasterfahren. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung hat er eine mehrmonatige Haftstrafe hinter sich. Während seiner Zeit im Gefängnis wurde Heise von der braunen Knasthilfe-Organisation HNG betreut. „Trotz dieser Haftstrafe“, so das FIT, „marschiert der Nationale Widerstand am 15. April in Göttingen. Und im Geist marschiert unser Kamerad in den Reihen des nationalen Widerstandes mit. Bleib standhaft Thorsten!“

■ **Reutlingen** - Die beiden ehemaligen Führungskader der 1993 verbotenen Heimattreuen Vereinigung Deutschlands (HVD), Andreas Rossiar (33) und Karin Bächtle (30), wurden am 28. März vom Amtsgericht Reutlingen wegen Betrugs verurteilt. Das Gericht verhängte eine Bewährungsstrafe von vier Monaten und zwei Wochen gegen Bächtle und von vier Monaten gegen Rossiar. Beide müssen außerdem eine Geldstrafe von jeweils 1.000 Mark entrichten. Das Paar Rossiar/Bächtle hatte das Sozialamt um rund 15.000 Mark betrogen, da sie trotz anderweitiger Einkünfte illegal Sozialhilfe bezogen hatten. Die beiden Neonazis verdienten Geld mit dem Sicherheitsdienst „Titan“ (vgl. BNR 2/99 u. 14/98) und mit Hundezucht. Die Firma Titan war auch für das Stella Musical Center in Stuttgart tätig. Der als Zeuge geladene Dirk Plankenhorn (31) war nicht vor Gericht erschienen. Gegen den dritten ehemaligen HVD-Führungskader verhängte der Amtsrichter deswegen eine Ordnungsstrafe in Höhe von 500 Mark. Der von Rossiar und Bächtle geführte „Verein der Bulldog-Freunde Deutschlands“ (VBFD) verfügt über Mitglieder unter anderem in Nürnberg und Halle, Orte, an denen zuvor die HVD und der Freiheitliche Volks Block aktiv waren.

■ **Stuttgart** - Die in Stuttgart ansässige Sammelbewegung „Vereinigte Rechte“ (VR) will dem „Bündnis Rechts“ in Lübeck beitreten, dies wurde am 27. März in einer Presseerklärung von „Bündnis Rechts“ bekannt gegeben. Ferner wird sich die VR laut Auskunft des VR-Vorsitzenden Mario Meurer mit der in Nordrhein-Westfalen agierenden Klein-Organisation „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ zusammenschließen. Anfang April sollen dazu bei einem Treffen die Details geklärt werden. Die VR verfügt laut Eigenangaben aktuell über 451 Mitglieder.

■ **Velbert** - Die Polizei nahm Mitte März elf Neonazis des „Siepensturm“ im Velberter Stadtteil Ni-

veges fest. Die neun jungen Männer und zwei junge Frauen hatten in einer Gaststätte Naziparolen und rassistische Parolen gegrölt. Wenige Tage später folgte eine Razzia bei Angehörigen des „Siepensturm“. Im Februar hatten Mitglieder der Gruppierung eine Gaststätte betreten, um „das Lokal auseinanderzunehmen“. Dabei wurde eine 43-jährige Frau mit einem Schlag ins Gesicht verletzt. Der „Siepensturm“ um den 24-jährigen Neonazi Normann Bordin ist seit 1998 aktiv. Die antifaschistische Zeitschrift „Lotta“ zählt den „Siepensturm“ zum Umfeld des „Nationalen Forum Niederberg“, der regionalen Struktur der „Freien Kameradschaften“.

■ **Wiefelstede** - Das Kameradenwerk Korps Steiner, die Truppenkameradschaft der europäischen Freiwilligen in der Waffen-SS III. Panzerkorps, reist Anfang Juli erneut ins Baltikum. Auf dem Programm stehen Treffen mit Gleichgesinnten in Estland und Lettland. Organisiert wird die Reise von Georg Diers (Wiefelstede), zugleich III. Vorsitzender des Kameradenwerkes und „Estlandbeauftragter“. Auf der „Anschriftenliste“ des Kameradenwerkes findet sich unter anderen Wilhelm Mohnke, früher SS-Generalmajor, der in den letzten Tages der Nazi-Diktatur die SS-Wache der Berliner Reichskanzlei befehligte. Das Kameradenwerk Korps Steiner nimmt - im Gegensatz zu ähnlich strukturierten rechtsextremen Traditionsverbänden - auch Mitglieder auf, die nicht in den Reihen der Waffen-SS gekämpft haben. Darunter in jüngster Zeit: Klaus-Ulf Handwerk (Mitglied der rassistischen „Artgemeinschaft“) und Rolf Michaelis, der 1994 den gleichnamigen Michaelis-Verlag gründete, der sich auf die Herausgabe von Büchern zur Waffen-SS spezialisiert hat und in rechtsextremen Blättern auf sich aufmerksam macht.

■ **Wyk/Föhr** - Die Person Thies Christophersen zieht die Rechtsextremisten immer noch genauso in ihren Bann wie das Datum 20. April (Hitler-Geburtstag). Der Volksbund Deutsches Reich will beides vereinen. Er hat für den 20. April in Wyk auf Föhr einen Gedenkmarsch für den im Februar 1997 verstorbenen ehemaligen Herausgeber der „Bauernschaft“, Christophersen, angemeldet. Wyks Bürgermeister Heinz-Georg Roth (SPD) wurde ebenso aufgefordert, auf der Kundgebung zu sprechen, wie die Wyker SPD. Per E-mail sowie Fax wurde darauf hingewiesen, dass die Veranstalter auch das Wirken von Kurt Schumacher (SPD) gebührend honorieren wollen. Hinter der angemeldeten Gruppierung scheint deren Vorsitzender Klaus Huscher

(Nürnberg) zu stecken. Die Organisatoren für diese Aktion sitzen allerdings in Lübeck.

Ausland

■ **Chile (Santiago)** - Der für den 17. bis 22. April geplante internationale NS-Kongress in Chiles Hauptstadt Santiago (vgl. BNR 19 und 25-26/99) darf nicht stattfinden. Der chilenische Präsident Ricardo Lagos hat die Veranstaltung verboten und die Einwanderungsbehörde angewiesen, besonders wachsam zu sein, um eine Einreise bekannter Neonazis zu verhindern. Als Organisator des Treffens gilt der Rechtsextremist Alexis Lopez von der „Bewegung der neuen Gesellschaft“.

■ **Dänemark (Kopenhagen)** - Der Vorsitzende der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung“ (DNSB), Jonni Hansen, ist vom Gericht zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Hansen wurde unter anderem zur Last gelegt, mit dem Auto absichtlich in eine 20köpfige Menschengruppe gefahren und mehrere Personen schwer verletzt zu haben. Die Demonstranten hatten sich am Zaun des DNSB-Hauptquartieres, genannt „SA-Haus“, zu schaffen gemacht. Hansen war wegen des Vorfalls Ende vergangenen Jahres von der Polizei festgenommen worden.

■ **Österreich (Klagenfurt)** - Andreas Mölzer, kulturpolitischer Berater von Jörg Haiders Landesregierung in Kärnten, greift seit Jahren auch unter dem Pseudonym „Norbert Niemann“ für rechtsextreme Blätter wie die „Junge Freiheit“ oder deren österreichisches Pendant „Zur Zeit“ zur Feder. Dies enthüllt der intime Szene-Kenner Jürgen Hatzenbichler (geb. 1968 in Klagenfurt), der aus der rechtsextremen Szene ausgestiegen ist, in einem Beitrag für das linke Wiener Stadtmagazin „Falter“. Hatzenbichler fand als 15-Jähriger Eingang in die harte Neonaziszene, aus der er sich vier Jahre später wieder zurückzog. Nach eigenen Angaben gelangte er über die Beschäftigung mit der „Konservativen Revolution“ der 20er Jahre zur sogenannten „Neuen Rechten“, schrieb bei der FPÖ-Wochenzeitung „Kärntner Nachrichten“, dann bei der „Aula“ und der „Jungen Freiheit“, schließlich als leitender Redakteur bei der Wochenzeitung „Zur Zeit“ (Herausgeber und amtierender Chefredakteur ist Andreas Mölzer), die er vor eineinhalb Jahren wieder verließ. Heute bezeichnet sich Hatzenbichler, der derzeit sein Studium in Philosophie und Geschichte an der Universität Klagenfurt abschließt, als „libertär“.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:



■ **Ungarn (Kophaza)** - Robert Shelton, Grand Dragon der United Confederate Knights of KKK realm of Austria, meldet sich in der aktuellen Österreich-Ausgabe (Kontaktadresse: Kophaza/Ungarn) von „Blood & Honour“ (B&H) zu Wort. Vorteilhaft für die Mitarbeit beim Ku-Klux-Klan ist es aus der Sicht Sheltons, dass der Klan in Österreich nicht verboten sei. Weiter schreibt er, dass man erst nach einer sechsmonatigen Probezeit Mitglied werden könne und dann einen Blutschwur ablegt, niemals andere Klan-Männer zu verraten. Als Kontaktmöglichkeit ist eine E-Mail-Adresse angegeben. Die Österreich-Sektion von „Blood & Honour“ begrüßt in einem Vorwort die österreichische Version des Ku Klux Klan (s. BNR 3/00).

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann
Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto